

Federf. Stadtamt: Dezernat III

<b>Vorlage für den</b>	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Schulausschuss	Dr. Andriske Erster Beigeordneter	01.12.2003	6

öffentliche Sitzung

**Betrifft:**  
**Geplante Änderung der Ersatzschul-Finanzierung**

**Begründung:**  
(ggf. zusätzlich)

Das Land Nordrhein-Westfalen plant, seine Förderung der privat getragenen Schulen zu kürzen.

Bislang hat das Land 94% der ungedeckten Kosten finanziert. Ab 2005 will das Land nur noch 92,5% erstatten. Der Trägeranteil würde sich damit von 6% auf 7,5% erhöhen.

In der Stadt Gladbeck wären davon betroffen die Jordan-Mai-Schule für Geistigbehinderte (Bistum Essen), die Waldorf-Schule und das Berufskolleg Johannes-Kessels-Akademie (Caritas-Verband).

Die privaten Schulträger haben bereits öffentlich deutlich gemacht, dass sie einen höheren Eigenanteil nicht aufbringen können. Vgl. die bekannte Medienberichterstattung zur Sache und die Protest-Kundgebung der freien katholischen Schulen im Bistum Essen am 14.11.2003 in Essen.

Es wird vorgeschlagen, dass sich der Schulausschuss der Stadt Gladbeck – in Solidarität mit den Ersatzschulträgern – mit einer Beschlussfassung an das Land wendet.

<b>Mitzeichnungen</b>				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: \_\_\_\_\_

**Beschlussvorschlag:**

Der Schulausschuss der Stadt Gladbeck bittet das Land Nordrhein-Westfalen, die Ersatzschul-Finanzierung nicht zu ändern.

Die privaten Schulträger leisten einen wichtigen, unverzichtbaren Beitrag zum Schulwesen. Sie nehmen eine Aufgabe wahr, die sonst dem Staat und den Kommunen obliegt. Zu recht werden sie daher vom Land seit Jahrzehnten angemessen unterstützt. Diese Förderung muss nachhaltig und zukunftssicher bleiben.

Kürzungen belasten die Träger unvertretbar, gefährden den Bestand von Schulen und widersprechen dem allgemeinen politischen Konsens, das Bildungswesen gezielt zu stärken.

Würden sich die privaten Träger aus dem Schulbereich zurückziehen müssen, wären Staat und Kommunen in der Pflicht – mit letztlich insgesamt höherem Kostenaufwand. Überlegungen zur Förderkürzung sind also auch wirtschaftlich nicht nachvollziehbar.

Nach alledem erklärt der Schulausschuss der Stadt Gladbeck seine Solidarität mit den drei privat getragenen Schulen in Gladbeck , die Jordan-Mai-Schule für Geistigbehinderte, die Waldorf-Schule und die Johannes-Kessels-Akademie, und bittet eindringlich das Land Nordrhein-Westfalen, seine Pläne zur Änderung der Ersatzschul-Finanzierung zurückzunehmen.

Der Bürgermeister  
i.V.

---

Dr. Andriske  
Erster Beigeordneter

---

In der Sitzung des

\_\_\_\_\_-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am \_\_\_\_\_ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: